

Rom und der Bruderstreit in Tirol Die Rolle der Kirchenführung im Streit zwischen Christlichsozialen und Konservativen

Die Christlichsozialen in der Donaumonarchie: „Vedete, abbiamo trionfato!“

„Vedete, abbiamo trionfato!“ – mit diesen Worten kommentierte der Kardinalstaatssekretär Mariano Rampolla im November 1895 die Wahl Dr. Karl Luegers zum Wiener Bürgermeister.¹ Er hatte erkannt, dass in Wien ein Zeichen gesetzt worden war und dass das von den Deutschliberalen in den 1860er Jahren geschaffene elitäre parlamentarische System dem Ansturm der Massenparteien nicht standhalten würde. Die katholische Kirche stellte sich auf die neuen Zeitverhältnisse ein und suchte nach neuen Verbündeten. Bisher hatte sich die politische Vertretung des Katholizismus in den Händen des Hochadels befunden. Das wichtigste katholische Presseorgan war das von Carl von Vogelsang geleitete „Vaterland“. Es war aber Vogelsang selbst, der bald eine andere Richtung vorgab. Er gründete 1887 den Christlichsozialen Verein, der sich der schon seit 1873 bestehenden antisemitisch orientierten Gruppierung der Vereinigten Christen unter Führung Luegers näherte. Der von ihnen verfochtene politische Antisemitismus prägte die Christlichsozialen, Hauptgegner der neuen Partei waren das liberale Besitzbürgertum und die jüdisch-liberale Presse Wiens. Den ideologischen Hintergrund lieferte neben Vogelsang der Theologe Franz Martin Schindler. Angestrebt wurde eine berufsständische Reorganisation der Gesellschaft, wodurch die wirtschaftliche Lage von Bauern, Handwerkern und Arbeitern verbessert werden sollte. In Wien war das traditionelle Handwerk durch die industrielle Massenproduktion in eine Krise geschlittert, damit verbreitete sich in dieser Schicht eine antikapitalistisch und antisemitisch ausgerichtete politische Grundhaltung. Zunächst unterschieden sich die Wiener Christlichsozialen kaum von den Deutschnationalen, das geschah erst durch das Hinzutreten einer dritten Komponente, nämlich einer innerkirchlichen Protestbewegung des niederen Klerus gegen den in die politischen Machtstrukturen integrierten Episkopat. Sie fand vor allem bei den jungen Priestern ihre Anhänger. Damit wurde die Grundlage für die Konstituierung der Christlichsozialen als eigene Partei geschaffen, sie wurden auf diese Weise von den antiklerikal agierenden deutschnationalen Gruppierungen unterscheidbar.²

Aber auch der Episkopat war einem sozialen Wandel unterworfen. Immer mehr Bischöfe kamen aus einfachen Verhältnissen, der Hochadel wurde zu einer Minderheit. Dennoch hatte er im zu Ende gehenden 19. Jahrhundert noch eine wichtige Stellung im österreichischen Bischofskollegium und stemmte sich massiv gegen den Aufstieg der Christlichsozialen, denen Populismus und

¹ Bericht der Vatikanbotschaft v. 16. November 1895 – HHStA, PA XI., Karton 236, Mappe Berichte 1895, fol. 450–463.

² HANISCH / URBANITSCH 2006, 77.

Rassismus vorgeworfen wurde. Unter Federführung des energischen Prager Erzbischofs Kardinal Franz Schönborn machten die Bischöfe in Rom Stimmung gegen die neue Partei. Staatssekretär Mariano Rampolla, der Wiener Nuntius Antonio Agliardi, selbst Papst Leo XIII. galten allerdings als überzeugte Anhänger und Förderer der neuen christlichsozialen Bewegung, der zugetraut wurde, gegenüber Deutschnationalen und Sozialdemokraten zu bestehen und damit katholisch und kirchlich geprägte Anschauungen in die Tagespolitik einzubringen. Die Proteste der österreichischen Bischöfe verhallten ungehört, selbst die antiepiskopale Stoßrichtung der neuen Partei schien im Vatikan niemanden zu stören.

Presseorgan der Christlichsozialen war die 1892 gegründete „Reichspost“, ihr Markenzeichen war ein aggressiver journalistischer Stil. Das konservative und journalistisch gemäßigte „Vaterland“ bestand zwar noch bis 1911, verlor aber seine politische Bedeutung. Der Sieg Luegers und der Christlichsozialen bei den Wiener Gemeinderatswahlen, die Wahlrechtserweiterungen und die mit der Badenkrise verbundene politische Radikalisierung gaben der neuen Partei auch außerhalb Wiens einen starken Impuls. In mehreren Kronländern entstanden ähnliche Bewegungen mit unterschiedlichen politischen Gewichtungen. Während sie etwa im laizistischen Böhmen eine untergeordnete Rolle spielten, wurde die Katholisch-nationale Partei unter Führung von Moric Hruban in Mähren von Bischof František Bauer gefördert. Diese Parteien lehnten den Wiener Zentralismus ab, mit der Partei Luegers gab es deshalb kaum Verbindungen. In Galizien gründete der Priester Stanisław Stojałowski die Polnische Volkspartei und propagierte eine auf christlichen Prinzipien basierende radikale Sozialreform sowie die Sozialisierung des Grundeigentums. Anhänger fand die Bewegung in der bäuerlichen Bevölkerung und unter den einfachen Geistlichen, von den dem Großgrundbesitz nahestehenden konservativen Kreisen wurde sie hingegen energisch bekämpft. Stojałowski wurde 1895 verhaftet, dank der Sympathie des Vatikans für katholische Massenbewegungen kam es aber zu keinen weiteren disziplinären Maßnahmen und die Stojałowski-Bewegung konnte ihre Position vor allem durch die Unterstützung des niederen Klerus weiter ausbauen. In Krain entstand 1890 der Katholisch-politische Verein, aus dem nach dem slowenischen Katholikentag von 1892 die Katholische Nationalpartei hervorging, die erste slowenische Massenpartei, deren Wegbereiter der Bischof von Veglia (Krk), Anton Mahnič, war. Der Laibacher Theologieprofessor Janez Evangelist Krek schuf nach dem Vorbild der österreichischen Christlichsozialen die organisatorische Basis der Partei bei den Bauern und Arbeitern in Krain. 1905 wurde sie in Slowenische Volkspartei umbenannt und erzielte bei den Reichsratswahlen 1907 einen überwältigenden Wahlsieg. Im gleichen Jahr wurde eine Schwesterpartei in Görz gegründet, 1909 entstand die Allslowenische Volkspartei als länderübergreifende Partei für die slowenischen Gebiete einschließlich Kärntens.

Auch im italienischen Bereich entstand eine christlichsoziale Bewegung. Im liberal geprägten Triest, wo die katholische Kirche als slawisch wahrgenommen wurde, war die Lega cristiano-sociale allerdings politisch bedeutungslos. Der Slowene Mahnič und der Tscheche Bauer, später der Wiener Erzbischof Kardinal Piffl und der Laibacher Bischof Anton B. Jeglič sind Beispiele dafür, dass die Bischöfe nichtadeliger Herkunft kaum Berührungsängste mit den Christlichsozialen hatten. Das gilt auch für Trient. Dort wurde mit bischöflicher Förderung der Partito clericale mit seinem publizistischen Organ „La voce cattolica“ gegründet. Aufgrund der Verankerung der bäuerlichen Be-

völkerung des Trentino im Katholizismus erstarkte in der Partei ein Flügel, der sich durch Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften, bäuerlicher Kreditinstitute sowie von Absatz- und Konsumgenossenschaften um die sozialen Belange der Trentiner Bauern annahm. Vor allem der jüngere Klerus engagierte sich in der Partei, wobei diese Priester am Trentiner Priesterseminar studiert hatten, aus dem auch der 1904 ernannte Fürstbischof Celestino Endrici hervorging, einer der überzeugtesten Verfechter der christlichsozialen Ideologie. Unter seiner Führung wurde 1905 der Partito Popolare Trentino gegründet, die Zeitung „La Voce cattolica“ wurde in „Il Trentino“ umbenannt.³

Schon aus dieser knappen Darstellung wird deutlich, dass die Christlichsozialen als äußerst heterogene Bewegung entstanden. Die Gründung der einzelnen Parteien basierte auf von der Enzyklika *Rerum novarum* geprägten ideologischen Grundsätzen, aufgrund der unterschiedlichen sozialen Realitäten standen aber die lokalen politischen Verhältnisse im Vordergrund.⁴ So teilten beispielsweise die Tiroler mit den slowenischen Christlichsozialen ihre bäuerliche Orientierung, diese trennte sie aber von der Wiener Partei. Bei den Salzburger Christlichsozialen war es hingegen die christliche Arbeiterbewegung, die den Anstoß zur Gründung der Partei gab. Lueger selbst bemühte sich im Hinblick auf die Wahlrechtserweiterungen und die zu erwartende Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts um eine Zusammenarbeit zwischen den Landesparteien im Sinne einer stärkeren politischen Integration der Gesamtpartei. Die Fusion christlichsozialer Parteien mit ihren konservativen Kontrahenten – unterstützt von dem mehrheitlichen Schwenk des Episkopats hin zu den Christlichsozialen – und die damit einhergehende politische Mäßigung im Sinne einer staatstragenden Funktionen übernehmenden Partei begleiteten diesen Vorgang.

Boyer weist darauf hin, dass es die dramatischsten Veränderungen bei den Wahlen 1907 nicht in Wien gab, sondern am Land, etwa in dem vom Bauernbund dominierten Niederösterreich, mit massiven Rückwirkungen auf die Struktur der Partei.⁵ Unter Führung des niederen Klerus entwickelte sich in fast allen bäuerlich geprägten Gebieten eine Genossenschafts- und Kaszenbewegung, in den katholischen Bauernbünden entstanden selbstbewusste Interessensorganisationen. Mit der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts schlossen sich die Bauernbünde in den meisten deutschsprachigen Kronländern den Christlichsozialen an. Atypische Entwicklungen gab es in Kärnten, wo der Bauernbund eigenständig blieb, und in Tirol, wo die Konservativen eine Integration in die mittlerweile „entradikalisierte“ (Hanisch) und katholisch geprägte Christlichsoziale Partei verweigerten. Es kam zur Aussöhnung mit der Industrie und dem Unternehmertum, der Antikapitalismus wurde durch den Staatskapitalismus ersetzt, wie es Lueger in Wien mit den großen Kommunalisierungsmaßnahmen vorgezeigt hatte, und es erfolgte der Ausgleich mit dem Episkopat, der näher an die nun „katholischer“ und damit kirchennäher gewordenen Christlichsozialen heranrückte.⁶

³ Einen Überblick über die katholischen Bewegungen in der Habsburgermonarchie am Beispiel Krains bietet GOTTSMANN 2009, 317–336. Zu den Parteien in der Habsburgermonarchie siehe ausführlich RUMPLER / URBANITSCH 2006.

⁴ Zu *Rerum Novarum* und der sozialen Lage in Tirol in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts siehe *RERUM NOVARUM*.

⁵ BOYER 2010, 283. Zum Verhältnis der Wiener Christlichsozialen zu den Parteien in den Alpenländern siehe BOYER 1995, 60–110.

⁶ HANISCH / URBANITSCH 2006, 78.

Der Aufstieg der Christlichsozialen in Tirol

In den 1880er Jahren entstand innerhalb der Tiroler Konservativen eine radikale Gruppierung, die sogenannte „schärfere Tonart“. Fontana beschreibt die damaligen Vorgänge als Konflikt zwischen der altkonservativen und der jungkonservativen Richtung um Franz v. Zallinger⁷ und Josef Di Pauli⁸. 1885 wurde der „Jungkonservative“ Franz v. Zallinger für den Bezirk Bozen in den Reichsrat gewählt und führte dort gemeinsam mit den Brüdern Alfred und Alois Liechtenstein den Zentrumsclub (auch Liechtensteinklub genannt), dem sich ein Großteil der alpenländischen Konservativen angeschlossen hatte.⁹ 1888 gründete Aemilian Schöpfer¹⁰ die sozialpolitisch orientierte „Brixener Chronik“ und das Katholisch-politische Kasino für Brixen und Umgebung, 1892 den „Tiroler Volksboten“.¹¹ Seine Tätigkeit wurde zum Ausgangspunkt für die Entstehung der Christlichsozialen in Tirol. Fürstbischof Simon Aichner¹² trat gegen die neue Bewegung auf, musste allerdings Rücksicht auf die Mehrheit der Professoren am Brixener Priesterseminar und die jungen Priester nehmen, die Sympathien für die neue Bewegung hegten. Die Bedeutung des Brixener Priesterseminars, aus dem kämpferische Bischöfe wie Vinzenz Gasser, Franz Joseph Rudigier und Josef Feßler hervorgegangen waren, ist nicht zu unterschätzen. Auch in Tirol standen die Bischöfe den Konservativen nahe, was die Durchsetzung der Christlichsozialen am Land etwas verzögerte, doch konnte der Niedergang der alten Partei dadurch nicht aufgehalten werden. Es waren vor allem die Abgänger des Brixener Priesterseminars, die das christlichsoziale Gedankengut am Land verbreiteten, immer mehr Gemeinden gingen dadurch für die Konservativen verloren. Schöpfer strebte zunächst keinen offenen Bruch mit der Partei an und ließ sich 1895 für die Konservativen in den Landtag und 1897 in den Reichsrat wählen. Allerdings kandidierte die „schärfere Tonart“ bei den Landtagswahlen 1895 mit einer eigenen Liste, ge-

⁷ Franz v. Zallinger (1842 Bozen – 1907 Bozen): Der Gutsbesitzer war seit 1868 Herausgeber des „Tiroler Volksblatts“ in Bozen und ab den 1870er Jahren bis 1900 Landtags- und Reichsratsabgeordneter. Er gehörte der Richtung der „schärferen Tonart“ an, schloss sich aber nicht den Christlichsozialen an.

⁸ Josef Di Pauli (1844 Innsbruck – 1905 Wien): Der Gutsbesitzer und Jurist war ab den 1870er Jahren Landtags- und Reichsratsabgeordneter, 1902 wurde er ins Herrenhaus berufen. Er bekämpfte die liberalen Schulgesetze und bereitete mit Hohenwart den Sturz der Regierung Taaffe vor. Er drängte im Oktober 1897 die Rechte zu einer Solidaritätserklärung für Badeni. Er war der Gründer der katholischen Volkspartei, bis zu diesem Zeitpunkt gehörte er dem rechten Zentrum bzw. den Konservativen an. 1901 unterlag er im Wahlkampf gegen die Christlichsozialen. Er war mit der Schwester Franz v. Zallingers verheiratet.

⁹ SCHÖBER 1974, 143.

¹⁰ Aemilian Schöpfer (1858 Brixen – 1936 Innsbruck): Der unter dem Einfluss Schindlers stehende Theologe machte geistliche Karriere und war von 1887 bis 1900 als Professor am Brixener Priesterseminar tätig. Von 1895 bis 1918 war er Landtags- und Reichsratsabgeordneter. Er war bis 1898 Mitglied der Katholischen Volkspartei, trat aber im Zuge des Streits um die Badenischen Sprachreformen aus der Partei aus und initiierte die Gründung der Christlichsozialen Partei Tirols, der er jedoch erst 1901 beitrug. Weiters war er 1904 an der Gründung des Tiroler Bauernbundes beteiligt. Daneben war er auch als Zeitungsherausgeber und Mitbegründer der Verlagsanstalt Tyrolia tätig.

¹¹ HAAS 2006, 352.

¹² Simon Aichner (1818 Terenten – 1910 Neustift/Brixen): Aichner erhielt 1849 die Priesterweihe, war als Lehrer und Regens am Brixener Priesterseminar tätig, 1882 Weihbischof, 1884 Fürstbischof von Brixen. Er untersagte dem Klerus 1904 die Teilnahme am Bauernbund, wenig später akzeptierte Papst Pius X. seinen Rücktritt.

wählt wurden neben Schöpfer und Zallinger Johann Schorn¹³ und Matthias Trogmann – eine Parteispaltung stand damit unmittelbar bevor.¹⁴

Die Ursache für die sich seit den 1880er Jahren abzeichnende interne Spaltung der katholisch-konservativen Bewegung lag in der Teilnahme der Konservativen an der Regierungskoalition Taaffes, dem Eisernen Ring. Die konservative Parteiführung setzte große Hoffnungen auf den Ministerpräsidenten, die aber von vielen Parteimitgliedern nicht geteilt wurden. Die oppositionelle „schärfere Tonart“ wandte sich gegen die kompromissbereite Haltung der Konservativen im Reichsrat und prangerte die angebliche Verwässerung der katholischen Prinzipien an. In den 1890er Jahren näherten sich ihre Anhänger den sich in Wien formierenden Christlichsozialen an, vor allem die Lehren Schindlers und Vogelsangs hatten auch in Tirol großen Einfluss auf die Bewegung, nur der Antisemitismus als Mobilisierungsideologie¹⁵ spielte dort keine Rolle, auch vor einer formalen Parteigründung schreckten die Tiroler zurück. Es gab auch strukturelle Unterschiede. Während sich nämlich die Wiener Partei aus unterschiedlichen ideologischen Komponenten zusammensetzte – deutschnationale Antisemiten, Katholiken, enttäuschte Liberale –, entwickelten sich die Tiroler Christlichsozialen innerhalb der Konservativen als innerparteiliche Oppositionsbewegung. Schober weist darauf hin, dass sich die Tiroler Partei zwar wie ihre Schwesterpartei gegen die politische Autorität der Bischöfe wandte, freisinnige Tendenzen hatten jedoch im Gegensatz zum ostösterreichischen Pendant in Tirol keinen Platz.¹⁶

Franz v. Zallinger hatte bereits 1888 ein deutliches Zeichen gesetzt und war aus dem Zentrumsklub ausgetreten – ein Jahr danach trat Alois Liechtenstein vom Parteivorsitz zurück –, 1893 verließ er auch den Konservativen Klub (Hohenwartklub), da dieser nach dem Sturz Taaffes eine Koalition mit der liberalen Linken eingegangen war. Im Zusammenhang mit den Landtagswahlen 1895 verschärfte sich in Tirol die Parteispaltung der Konservativen. Im November 1895 gründete Joseph Di Pauli als neues konservativ-katholisches Sammelbecken die Katholische Volkspartei, deren Obmann er wurde. Auch Schöpfer trat zunächst in diese Partei ein, verließ sie aber Anfang 1898 und trat dem neuen, am 21. April 1898 in Innsbruck gegründeten Christlichsozialen Verein unter Führung von Johann Schorn bei. Die Parteispaltung war damit vollzogen. Schöpfer verfügte mit seinen beiden Zeitungen bereits über ein wirksames Propagandainstrument, das der sich formierenden Partei zugutekam.¹⁷ Zallinger und Di Pauli machten diesen Schritt nicht mit und blieben bei den Konservativen. Publizistischer Gegenspieler auf konservativer Seite war der Redakteur der „Neuen Tiroler Stimmen“, Georg Jehly, dessen aggressive Wortwahl auch von Fürstbischof Simon Aichner kritisiert wurde, der einmal mehr auf das christlichsozial dominierte Brixener Priesterseminar Rücksicht

¹³ Johann Schorn (1845 Bozen – 1914 Innsbruck): Der Jurist war als Bezirkshauptmann im Staatsdienst tätig und in den 1890er Jahren Landtags- und Reichsratsabgeordneter. Im Reichsrat schloss er sich zunächst dem katholisch-konservativen Hohenwartklub an, trat 1895/96 aber aus und in die von Di Pauli gegründete konservative Katholische Volkspartei ein. Er war mit Schöpfer befreundet und mit ihm ein wichtiger Vertreter der „schärferen Tonart“. Von 1898 bis 1908 war er Gründungsobmann der Christlichsozialen Partei Tirols. Er lehnte eine Autonomie des Trentino ab, war Mitglied im Vorstand des Tiroler Volksbundes und betrieb eine aggressive Volkstumspolitik.

¹⁴ FONTANA 1987, 282.

¹⁵ Siehe dazu HANISCH / URBANITSCH 2006, 75f.

¹⁶ SCHOBER 1974, 141.

¹⁷ FONTANA 1987, 284.

nehmen musste.¹⁸ Auf Reichsebene trat Schöpfer 1901 den Christlichsozialen bei, in Tirol hielt er sich im Hintergrund, in der Partei waren Schorn und der spätere Bauernbündler Josef Schraffl¹⁹ tonangebend.²⁰

Eine weitere Eskalation im Verhältnis zwischen den beiden Gruppierungen brachte der Wahlkampf für die Reichsratswahlen 1901. Um die allgemeine Wählerkurie nicht zu verlieren, stellten die Konservativen den populären Di Pauli als Kandidaten auf. Zu seinem direkten Gegenspieler wurde der christlichsoziale Politiker und Bürgermeister von Sillian, Landtagsabgeordneter Josef Schraffl. Gegen Di Pauli wurde massiv Propaganda betrieben, er selbst vermutete Lueger hinter der Kampagne gegen seine Person. Eine erste Verständigungskonferenz zwischen den beiden verfeindeten Gruppierungen in Franzensfeste scheiterte. Vorgeschlagen wurde, die allgemeine Wählerkurie Schraffl zu überlassen und Di Pauli auf einem Mandat einer anderen Kurie zu wählen, was aber von diesem und von Bischof Aichner abgelehnt wurde, die Konfrontation zwischen zwei katholisch-konservativen Kandidaten konnte nicht verhindert werden. Schraffl entschied sie knapp für sich, was den Christlichsozialen einen großen Prestigegewinn brachte. Di Pauli wurde dann zwar doch noch für den Landgemeindebezirk Meran-Bozen gewählt, er lehnte aber das Mandat ab, da die Liberalen (die ihm die Zusammenarbeit der Katholischen Volkspartei mit den Slawen im Reichsrat nicht verziehen hatten) weiterhin massiv propagandistisch gegen ihn vorgingen.²¹ Erst nach den Wahlen gründeten Schraffl und Schöpfer die Christlichsoziale Partei in Tirol, wobei Schöpfer selbst aus Rücksicht auf Bischof Aichner nicht in die Parteileitung eintrat, Obmann wurde der bisherige Vorsitzende des Christlichsozialen Vereins, Johann Schorn, den Konservativen wurde angeboten, sich der neuen Partei anzuschließen.²² Schöpfer versuchte sich als Vermittler zu positionieren und arbeitete Grundsätze für ein gemeinsames Parteiprogramm aus, die zwar von beiden Seiten akzeptiert wurden, jedoch keine Einigung brachten. Eine Zusammenarbeit rückte damit in weite Ferne, denn mit einem neuen Parteiprogramm versuchten sich die Konservativen nun noch deutlicher von den Christlichsozialen abzugrenzen. Während die Konservativen die Privilegien des Großgrundbesitzes erhalten wollten, verlangten die Christlichsozialen eine Änderung der Besitz- und Einkommensverteilung. Vor allem lehnten sie die von konservativer Seite verfochtene Unterwerfung unter den Willen des Episkopats ab, stattdessen strebten sie nur einen Interessensausgleich mit der Kirche an.²³ Die Landtagswahlen vom Dezember 1901 brachten einen Erfolg der Christlichsozialen, die zehn Mandate erhielten, die Konservativen konn-

¹⁸ SCHÖBER 1974, 147.

¹⁹ Josef Schraffl (1855 Sillian – 1922 Innsbruck): Der Gastwirt und Bäcker hatte seine Schulbildung teilweise im Trentino absolviert. Er war ab 1897 Landtags-, von 1901 bis 1918 Landtags- und Reichsratsabgeordneter, von 1884 bis 1908 auch Bürgermeister von Sillian. 1898 war er federführend an der Gründung der Christlichsozialen Partei Tirols beteiligt sowie Gründungsobmann des Tiroler Bauernbundes. Bei den Wahlen von 1908 machte er seine Partei zur bestimmenden Kraft in Tirol und setzte bei den Bischöfen 1909 die Aufhebung des Betätigungsverbots für Priester im Tiroler Bauernbund und 1914 die Erweiterung des Tiroler Landtagswahlrechts durch Schaffung einer allgemeinen Kurie durch. 1918 war er Mitbegründer der Tiroler Volkspartei, von 1917 bis 1921 Landeshauptmann. Er gründete auch die „Tiroler Bauern-Zeitung“ und war an der Errichtung der Tiroler Bauernsparkasse beteiligt.

²⁰ HAAS 2006, 352.

²¹ SCHÖBER 1974, 148f.

²² SCHÖBER 1974, 151f.

²³ SCHÖBER 1974, 154ff.

ten sich in der Landgemeindegewinnung zwölf Mandate sichern.²⁴ Lueger und die Wiener Parteiführung beachteten Schraffl, Schöpfer und ihre Anhänger zunächst kaum, da sie insbesondere Schöpfers konservativen Grundsätzen misstrauten. Doch auch in Wien erkannte man sehr bald, dass das Tiroler Beispiel der Gewinnung der Landbevölkerung für die Christlichsozialen künftig wahlentscheidend sein konnte – und so war es dann auch, denn mehr als die Hälfte der 66 Abgeordneten, die die Partei 1907 gewann, kam aus den ländlichen Wahlbezirken.²⁵

Am Sterzinger Parteitag der Konservativen wurde der Wille zum Kompromiss mit den Christlichsozialen betont. Das war ein reines Lippenbekenntnis, denn die drei Tiroler Bischöfe, die auch am Parteitag anwesend waren, drängten beim Papst auf eine Verurteilung der Christlichsozialen. Gleichzeitig griff der Konservative Theodor Kathrein²⁶ in einem an den Papst gerichteten Memorandum Schöpfer heftig an, wenn er auch – im Hinblick auf die große Wertschätzung der Christlichsozialen beim Hl. Stuhl – die Verdienste der christlichsozialen Politik betonte. Auf einer Friedenskonferenz in Innsbruck am 8. und 9. Oktober 1903 schlugen die Bischöfe vor, beide Parteien aufzulösen und eine neue gemeinsame Bewegung zu gründen. Der Episkopat hatte die politische Initiative übernommen, denn die Bischöfe beriefen die Konferenz ein und schlugen die Einrichtung eines gemeinsamen Programmkomitees für die neue Vereinigte katholisch-konservative und christlichsoziale Partei vor. Zwar wurde ein Parteiprogramm ausgearbeitet, zur Parteifusion kam es aber nicht.²⁷ Schraffl dachte nicht an Zugeständnisse und ging eigene Wege. Er wusste die Bauern hinter sich und weigerte sich, die Konservativen von christlichsozialen Wählerversammlungen zu informieren. Im Jänner 1904 erklärten die Christlichsozialen in Lana, dass sie auf ein eigenständiges Parteiprogramm und auf eigene Wählerversammlungen nicht verzichten würden.²⁸ Auf Druck Aichners wurde zwar am 4. Februar ein neuerlicher halbherziger Versöhnungsversuch unternommen. Wenig später fuhr jedoch der Bischof selbst mit drei konservativen Politikern – Josef Hutter, Franz Moll und Theodor Kathrein – nach Rom, um Papst Pius X. für seine konservative Position zu gewinnen. Dies gelang, Pius X. sagte den Konservativen, die nicht in den Christlichsozialen aufgehen sollten, seine Unterstützung zu.²⁹ Trotz aller Sympathien für die Konservativen unter dem neuen Papst fühlte sich der Hl. Stuhl allerdings dem Prinzip der Nichteinmischung in parteipolitische Belange verpflichtet, eine Stellungnahme des Vatikans gegen die Christlichsozi-

²⁴ SCHOBER 1974, 158.

²⁵ BOYER 2010, 288.

²⁶ Theodor Kathrein (1842 Salurn – 1916 Innsbruck): Der Jurist hatte seine Jugend und Schulausbildung zum Teil in Trient und Venedig absolviert, beherrschte sehr gut Italienisch und war ein Verfechter eines nationalen Ausgleichs in Tirol. Er war ab den 1880er Jahren Abgeordneter zum Landtag und zum Reichsrat und 1897 auch Präsident des Abgeordnetenhauses. Von 1895 bis 1904 Bürgermeister von Hall, ab 1898 Obmann der Katholischen Volkspartei, von 1904 bis 1916 Landeshauptmann von Tirol. Er stand den Christlichsozialen versöhnlich gegenüber und war um einen Ausgleich mit der italienischen Bevölkerung bemüht. 1907 wurde er ins Herrenhaus berufen.

²⁷ SCHOBER 1974, 164f.

²⁸ SCHOBER 1974, 164–167.

²⁹ SCHOBER 1974, 168. Das Protokoll der Unterredung dieser Politiker befindet sich im Nachlass Kathrein. In der Literatur wird auch von einer Gegeninitiative, nämlich von einem Memorandum Schöpfers an Lueger, berichtet, das der Wiener Bürgermeister an den Papst weitergeleitet habe (vgl. KLOTZ 1936). Im Vatikan konnte ein Memorandum Luegers gefunden werden, Hinweise auf eine Autorschaft Schöpfers gibt es allerdings nicht.

alen war in Rom nicht durchzusetzen.³⁰ Wenig später akzeptierte der Papst den Rücktritt Bischof Aichners. Die Nachfolgefrage war von großer innenpolitischer Bedeutung. Die Konservativen traten für den Salzburger Domherrn Josef Altenweisel³¹ ein, die Christlichsozialen für Josef Egger, Altenweisel war für sie nicht akzeptabel. Entscheidend war die Haltung von Kultusminister Hartel, der auch im Hinblick darauf, dass dieser in Salzburg eine Versöhnung zwischen Konservativen und Christlichsozialen herbeigeführt hatte, für die Ernennung von Altenweisel eintrat.³² Wurde also für Brixen ein den Konservativen nahestehender Bischof ernannt, war man kurz davor für Trient mit Celestino Endrici einen anderen Weg gegangen, indem ein Bischof ernannt worden war, der Sympathien für die Christlichsozialen hegte.³³

Abgesehen von dem mittlerweile zum Landeshauptmann gewählten Theodor Kathrein machte sich bei den Konservativen das Fehlen charismatischer politischer Persönlichkeiten bemerkbar. Die Christlichsozialen forderten Wahlrechtsänderungen im Landtag und direkte Wahlen in der bisher von den Konservativen beherrschten Landgemeindegurie. Kathrein versuchte zu vermitteln. Ihm schwebte auch ein nationaler Ausgleich mit den Italienern vor – Teilung des Landesschulrats in nationale Sektionen, nationale Teilung der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes –, doch die Reformbemühungen scheiterten am Widerstand der Liberalen, die einen Zuwachs der Christlichsozialen in den Städten befürchteten; aber auch die Rechte innerhalb der Konservativen Partei lehnte einen Ausgleich ab. Die Christlichsozialen gewannen ihre Wählerbasis „durch die Politisierung gesellschaftspolitischer Anliegen von Bauern, kleiner Gewerbetreibenden und von Randschichten der Arbeiterschaft“.³⁴ In Tirol waren das in erster Linie die Bauern. Schraffl, seit 1896 Landtagsabgeordneter, gelang es, sie in die neue Bewegung zu integrieren. 1904 wurde unter seiner Leitung der Sterzinger Bauerntag abgehalten. 5000 Bauern aus 170 Gemeinden versammelten sich. Mit der Ablehnung einer Wahlreform überließen die Konservativen den Christlichsozialen das Feld der politischen Propaganda. Indem sie auch die Beschickung des christlichsozial dominierten Bauerntags verweigerten, begingen sie „politischen Selbstmord“,³⁵ denn sie ignorierten damit die politische Bedeutung der Bauern, obwohl diese bereits bei den Reichsratswahlen 1901 deutlich geworden war. Im Dezember 1904 wurde in Innsbruck der Tiroler Bauernbund unter Führung Schraffls gegründet, der 1906 bereits 12.000 Mitglieder zählte. Die Tiroler Bischöfe traten zunächst gegen die Bewegung auf – was eine massive Reaktion der Christlichsozialen gegen den Episkopat zur Folge hatte –, doch 1909 wurde das Beteiligungsverbot für Kleriker aufgehoben.³⁶ Dass die Konservativen als Gegengewicht zum Bauernbund den Katholisch-politischen Volksverein etab-

³⁰ SCHOBER 1974, 169.

³¹ Josef Altenweisel (1851 Niederndorf/Kufstein – 1912 Deutsch-Matrei): Nach theologischen Studien in Rom wurde er 1876 zum Priester geweiht und unterrichtete in Salzburg Theologie. 1902 Obmann des Salzburger Katholikentages, 1904 zum Fürstbischof von Brixen ernannt. Im Kampf zwischen Konservativen und Christlichsozialen in Tirol gelang es ihm nicht, eine neutrale Haltung einzunehmen, und er scheiterte auch mit seinem Versuch, bei den Reichsratswahlen 1911 einen Kompromiss zwischen den beiden verfeindeten Gruppierungen herzustellen.

³² SCHOBER 1974, 170f., SCHOBER 1976, 387–405 und FONTANA 1987, 286.

³³ SCHOBER 1974, 172.

³⁴ HAAS 2006, 353.

³⁵ SCHOBER 1975, 157.

³⁶ HAAS 2006, 354.

lieren wollten, blieb eine Episode. Die politische Integration der Bauern in die christlichsoziale Bewegung und die propagandistische Instrumentalisierung der Wahlrechtsreformfrage waren entscheidend für den Aufstieg der Christlichsozialen in Tirol. Die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts bei den Reichsratswahlen wurde als politischer Erfolg gefeiert.³⁷ Über das Vereinswesen konnten auch die Arbeiter für die neue Partei gewonnen werden. Die Katholisch-konservative Partei verweigerte sich im Gegensatz zu anderen Kronländern nicht nur einer Fusion mit den Christlichsozialen, sondern forderte darüber hinaus die Auflösung des Tiroler Bauernbundes. Bischof Altenweisel machte 1907 einen Vermittlungsversuch und berief die Abgeordneten Kathrein, Johann Tollinger, Alois Haueis, Christian Schrott sowie Schöpfer und Schraffl für den 27. Jänner in Wien zu einer weiteren Friedenskonferenz ein, die einmal mehr an der Frage scheiterte, welche politische Rolle den Bischöfen künftig zukommen sollte.³⁸ Bei den Reichsratswahlen 1907 wurde für die Konservativen nur mehr ein Abgeordneter gewählt, Michael Mayr, der sich sofort den Christlichsozialen anschloss, da es keinen konservativen Klub mehr gab. Die Tiroler Konservativen blieben dennoch bei ihrer Ablehnung der christlichsozialen Politik und wiesen auf die ihrer Meinung nach massiven internen ideologischen Widersprüche hin, da im Tiroler Parteiprogramm die katholische Komponente stärker hervorgehoben wurde als im Reichsparteiprogramm. Nach Meinung der Konservativen wurden die kirchenkritischen Tendenzen der Christlichsozialen dadurch aber nur verdeckt, nicht ausgeräumt. Bei den Landtagswahlen 1908 verloren die Konservativen alle Sitze in der Landgemeindegurie an die Christlichsozialen und konnten sich nur mit Hilfe der bischöflichen Virilisten, der Prälaten und des Großgrundbesitzes im Landtag halten. Selbst die Wiederwahl Kathreins war gefährdet und wurde nur durch die Entscheidung der Wiener Parteiführung der Christlichsozialen und Josef Schraffls gesichert, die die Kandidatur Kathreins unterstützten und eine Wahlempfehlung für ihn abgaben.³⁹ Zu formellen Wahlabsprachen zwischen den beiden Parteien kam es jedoch erst bei den Landtagswahlen 1914. Am 27. Oktober 1918 vereinigten sich die Christlichsozialen mit den Katholisch-Konservativen zur Tiroler Volkspartei.⁴⁰

Der Vatikan zwischen Konservativen und Christlichsozialen

Der Hl. Stuhl wurde 1901 auf die Vorgänge in Tirol aufmerksam. Die Querelen im Vorfeld des Landtagswahlkampfes waren am 5. September Anlass für eine Sitzung der Kardinalskongregation der *Affari Ecclesiastici*, zuständig für die Beziehungen des Hl. Stuhls zu den Staaten. Die Angelegenheit wurde in Rom offenbar ernst genommen, denn solche Sitzungen fanden nur zu wichtigen politischen Fragen statt, zu einem Land gab es kaum mehr als ein bis zwei Sitzungen jährlich. Schon einige Jahre zuvor war die Haltung des Hl. Stuhls zur christlichsozialen Bewegung in Österreich Thema einer derartigen Versammlung gewesen. 1901 war es der eskalierende Streit in Tirol, der die Kardinäle beunruhigte.

³⁷ SCHÖBER 1975, 160.

³⁸ SCHÖBER 1975, 162.

³⁹ SCHÖBER 1975, 177.

⁴⁰ HAAS 2006, 354f.

Anlass für eine Beschäftigung höchster vatikanischer Gremien war ein Memorandum, das Aemilian Schöpfer am 24. April in Rom vorgelegt hatte. Er beschrieb darin die politische Entwicklung Tirols und den Kampf der Katholisch-Konservativen gegen den Liberalismus. Den Konservativen warf er zu große Kompromissbereitschaft vor, durch die Teilnahme an der Regierungskoalition Taaffes hätten sie die katholischen Prinzipien aufgegeben und die liberale Gesetzgebung akzeptiert, im Gegenzug aber kaum religiöse Zugeständnisse erhalten. Dieses ideologische Vakuum sowie soziale und ökonomische Versäumnisse bildeten, so Schöpfer, den Nährboden für die Entstehung der Christlichsozialen. Die neue Bewegung habe es sich zum Ziel gesetzt, die verarmte Bevölkerung vom „jüdischen Joch“ zu befreien, Juden und Liberalismus seien schuld an der Verarmung breiter Massen und an der Säkularisierung der Gesellschaft. Die Ausbeutung durch die Juden mache sich vor allem in Wien bemerkbar, deshalb habe die Bewegung dort ihren Ausgang genommen. Von einer Distanzierung der Tiroler Christlichsozialen vom Wiener Antisemitismus war also in dem Memorandum Schöpfers keine Rede. Im Gegenteil, die Bekämpfung des Judentums in Politik und Gesetzgebung war für ihn die Grundlage christlichsozialer Politik. Über die Reichsgesetzgebung und das Finanzkapital hätten die Juden nämlich auch in den Alpenländern politisch und ökonomisch die Macht übernommen. Neben der antisemitischen Ausrichtung des Memorandums fällt vor allem eine starke Überzeichnung der Los-von-Rom-Bewegung auf. Auch damit schürte Schöpfer im Vatikan Ängste. Die Überzeichnung der Gefahren des Deutschnationalismus und der Schönerer-Bewegung war eine der zentralen Argumentationslinien der Christlichsozialen, die ihre Rolle als einzige verlässliche staatstragende Kraft betonten, unter Hervorhebung der deutschen Interessen: Schöpfer warf Badeni eine Versündigung an den Deutschen vor und verurteilte die Katholische Volkspartei und ihren Führer Di Pauli. Diese Partei schreckte sogar vor einer parlamentarischen Zusammenarbeit mit den Jungtschechen nicht zurück und wehre die Gefahr nicht ab, die der eigenen Nation drohe. Damit setze sie die katholische Kirche dem Vorwurf aus, dass sie die nationalen Interessen der deutschsprachigen Bevölkerung vernachlässige – zum Vorteil der Schönerer-Bewegung. Schöpfers Argumentation weist auf ein grundlegendes Dilemma der Tiroler Christlichsozialen hin: Nicht der Deutschnationalismus und noch weniger der Antisemitismus waren in Tirol die treibende Kraft für die Entstehung der Christlichsozialen, sondern die Opposition gegen die zu kompromissbereite Haltung der Konservativen. Mit seinem Appell an die Einheit der deutschen Parteien über alle ideologischen Gegensätze hinweg ging Schöpfer nun aber sogar noch weiter als die von ihm kritisierten Konservativen und redete – indem er den Kampf um das Deutschtum vor die katholisch-konservativen Interessen stellte – einer Zusammenarbeit mit dem deutschnationalen Liberalismus das Wort. Das hatte für die politische Situation in Tirol fatale Folgen, denn während die Konservativen – allen voran Theodor Kathrein – einem Kompromiss mit der italienischen Bevölkerungsgruppe aufgeschlossen gegenüberstanden, wurde ein Ausgleich unter christlichsozialer Führung unmöglich. Schöpfer sah die Christlichsozialen ausschließlich als politische Kraft Deutschösterreichs, einen parlamentarischen Zusammenschluss mit ähnlich orientierten nichtdeutschsprachigen Parteien lehnte er im Gegensatz zu Lueger ab. Er wies auch die gegen die Christlichsozialen geäußerten Vorwürfe zurück, sie strebten die Verankerung der Volkssouveränität und die Entmachtung der Bischöfe an. Das sei Teil der konservativen Propaganda, gerade

deshalb sei Innsbruck in die Hände der Deutschnationalen gefallen, und sogar die Sozialdemokratie habe in Tirol erste Erfolge gefeiert, schrieb Schöpfer.⁴¹

Die Folge des Memorandums war ein umfangreicher kircheninterner Briefwechsel. Bischof Aichner nahm am 12. Mai 1901 Stellung und zeigte Sympathien für die Christlichsozialen. Ob dafür die christlichsoziale Orientierung am Brixener Priesterseminar oder die päpstliche Politik ausschlaggebend war, muss dahingestellt bleiben. Aichner versuchte jedenfalls, sich in Rom als überparteilicher Vermittler zu präsentieren, bescheinigte beiden Parteien ihren katholischen Charakter, lobte die historischen Leistungen der Konservativen und die politische Energie der Christlichsozialen. Beide Seiten hätten aber den Konflikt geschürt, die Mahnungen des Bischofs ignoriert und in seiner Diözese eine Spaltung des Klerus ausgelöst. Der Wiener Nuntius Emidio Taliani⁴² teilte diese Meinung nicht und gab vor allem der „deficienza senile“ des 85-jährigen Bischofs die Schuld an der schwierigen Situation. Der Papst solle den Rücktritt Aichners annehmen oder einen Koadjutor bestellen, er sprach sich für den Generalvikar Hutter aus, der für den deutschen Teil der Diözese Trient zuständig war – eigentlich stammte der Vorschlag aber von Kathrein, der Taliani nur wenige Tage zuvor in der Wiener Nuntiatur besucht und diese Lösung ventiliert hatte.⁴³

Im Vatikan hatte man Zweifel, denn Hutter hatte sich zu sehr für die Konservativen exponiert. Die Kardinäle, die am 5. September eine Entscheidung zu treffen hatten, versuchten nach außen hin eine neutrale Position einzunehmen, zwischen den Zeilen wurde aber die Unterstützung für die Christlichsozialen deutlich. Aichner sollte in seinem Amt bleiben, weil Rampolla in der Nachfolgefrage einen langwierigen Streit mit der Regierung in Wien befürchtete, die einen konservativen Bischof durchsetzen wollte. Für die Behauptung, dass die Kurie dennoch schon damals die Ernennung Altenweisels in Erwägung gezogen habe,⁴⁴ lassen sich im Vatikanischen Archiv keine Belege finden. Man einigte sich auf ein Minimalprogramm. Der Salzburger Erzbischof sollte zur Vermittlung und die katholische Presse auf beiden Seiten zur Mäßigung aufgefordert werden, um dem Streit die Spitze zu nehmen – eine Lösung hatte aber auch Rom nicht parat. Rampolla richtete sein Schreiben am 9. September 1901 an alle drei Tiroler Bischöfe. Der Papst bedauere die Spaltung, hieß es, und anerkenne beide Parteien – in Tirol wurde das als indirekte Unterstützung Schöpfers gewertet. In einem 1903 veröffentlichten Hirtenbrief rief Aichner einmal mehr zur Einheit auf, der Salzburger Erzbischof Kardinal Johannes Katschthaler nahm dagegen erst nach dem Tod Leos XIII. Stellung und forderte am 30. November 1904 in einem Hirtenbrief die katholischen Politiker Tirols zur Einheit auf.⁴⁵

Es sollte zwar zu keiner weiteren Sitzung der *Affari Ecclesiastici* in dieser Angelegenheit mehr kommen, dennoch blieb Rom weiterhin in den Streit involviert. Der Wiener Nuntius empfing Vertreter beider Parteien, Taliani traf etwa im Jahr 1901 mehrmals Kathrein, aber auch Schöpfer suchte die Wiener

⁴¹ AES, Sessioni, Sitzung 925 v. 5. September 1901.

⁴² Emidio Taliani (1838–1907): Studium der Theologie und Rechtswissenschaften. Seine Amtszeit als Nuntius in Wien dauerte von 1896 bis 1903 und war von der feindseligen Haltung der österreichisch-ungarischen Diplomatie gegen Rampolla gekennzeichnet.

⁴³ Taliani v. 22. April 1901 – AES, pos. 884, fasc. 397, fol. 3f. Im Herbst sprach Taliani mit Minister Hartel über diese Frage, der Hutter als parteipolitisch zu exponiert ablehnte.

⁴⁴ Vgl. GELMI 2001, 318.

⁴⁵ AES, pos. 941, fasc. 411.

Nuntiatur auf. Taliani berichtete auch von dem Bemühen Luegers, seine Audienz beim Papst – er war 1900 nach Rom gereist – in Tirol propagandistisch zu verwerten, indem er den Eindruck vermittelte, dass er und seine Partei die uneingeschränkte Unterstützung des Papstes genössen. Offenbar, so Taliani, erhoffte er sich von dieser Strategie die Sympathie der Tiroler Bauern.⁴⁶ In den vatikanischen Stellungnahmen wird unter Leo XIII. die unverminderte Unterstützung für die Christlichsozialen deutlich, unter Pius X. wich diese einer neutraleren Haltung. Die von den Konservativen ersehnte Kehrtwende in der vatikanischen Politik erfolgte aber nicht, zu sehr waren die Christlichsozialen zu einer bestimmenden politischen Kraft geworden, die nicht ignoriert werden konnte.

Doch zurück zum Jahr 1901. Die Christlichsozialen fühlten sich durch die päpstliche Enzyklika *Grave de communi* bestärkt, die von der christlichen Volksbewegung und dem richtigen Verständnis von Demokratie handelte. Schöpfer fragte in Rom nach, ob man sich dem Bischof gegenüber auf das päpstliche Rundschreiben stützen könne. Die Antwort aus Rom kam am 28. April 1901: „Es ist merkwürdig, dass der Bischof von Brixen die Christlichsozialen so scheel ansieht, da die Enzyklika *Grave de communi* sowohl die christlichen Demokraten wie die Christlichsozialen mit gleich großer Gunst behandelt. Man darf sich ruhig auf diese Enzyklika berufen, damit jedem Teile sein Recht werde.“⁴⁷ Anfang 1902 nahm der Trentiner Bischof Valussi in einem Schreiben an den Hl. Stuhl zur schwierigen parteipolitischen Situation in den deutschen Teilen seiner Diözese (Bozen, Meran) sowie generell zum Erstarken der Christlichsozialen Stellung. Auch er bedauerte den Streit zwischen den katholischen Parteien und machte aus seinen Sympathien für die Konservativen kein Geheimnis, da sie die einzige „ehrlich katholische Partei“ seien. Die Christlichsozialen strebten keinen Kompromiss an, ihr Ziel sei einzig die Vernichtung ihres konservativen Gegenspielers. Valussi anerkannte zwar die Verdienste der Christlichsozialen in Wien, wo sie den Liberalismus zurückgedrängt und die jüdische Präpotenz in die Schranken gewiesen hätten, ihr Populismus sei jedoch in Tirol sinnlos. Er distanzierte sich insbesondere vom Personenkult um Lueger und vom übertriebenen Antisemitismus der Partei; auf den Deutschnationalismus ging er dagegen nur am Rande ein. Der katholische Parteienstreit in Tirol begünstige die Gegner des Katholizismus – Liberale und Deutschnationale –, zerstöre im Volk den Glauben an die Autorität – die bischöfliche –, das damit in den Sog extremistischer Gruppierungen – der Deutschnationalen – gerate. Mit dem Aufstieg der Christlichsozialen werde in Tirol eine gemeinsame katholische Politik verhindert, schloss Valussi sein Schreiben.⁴⁸ Der Vatikan ließ sich von den unterschiedlichen Standpunkten informieren, drängte aber zu keinen Entscheidungen, auch nicht unter dem neuen Pontifikat Pius' X. Die drei Tiroler Bischöfe erließen am 30. November 1904 ausführliche Instruktionen an den Klerus, in denen sie einmal mehr zur politischen Vereinigung der Katholiken in Tirol drängten und den Priestern eine Teilnahme am Bauernbund untersagten.⁴⁹

⁴⁶ Taliani an Rampolla v. 25. November 1901 – ASV, ANV 699, fol. 186f.

⁴⁷ Zit. n. FONTANA 1987, 286. Das Schreiben konnte im Vatikanischen Archiv nicht gefunden werden, ebenso fehlt ein vatikanischer Beleg für die Behauptung Schobers, das Schreiben an Schöpfer sei der Anlass für das vom gleichen Tag datierende Rücktrittsgesuch Bischof Aichners gewesen (vgl. SCHOBER 1974, 147).

⁴⁸ Valussi v. 15. Jänner 1902 – AES, pos. 884, fasc. 397, fol. 106–109.

⁴⁹ AES, pos. 938, fasc. 411.

Das Jahr 1904 war in Tirol von der Frage um die Nachbesetzung des Bistums Brixen dominiert. Nach dem Rücktritt Aichners (eine kaiserliche Anerkennung für sein Wirken als Fürstbischof blieb ihm versagt, Kultusminister Hartel sprach sich ausdrücklich dagegen aus) versuchte Nuntius Belmonte⁵⁰ den Salzburger Domherrn Altenweisel durchzusetzen. Er galt zwar als Kompromisskandidat, wurde aber wegen seiner Verbindungen zu Kathrein von den Christlichsozialen als Mann der Konservativen gesehen.⁵¹ Die Personalvorschläge der Bischöfe waren uneinheitlich und überraschend. Während nämlich Kardinal Katschthaler seinem Weihbischof Kaltner den Vorzug gab, setzte der deklarierte Christlichsoziale Endrici die Linie seines Vorgängers fort und machte sich für den Konservativen Altenweisel stark. Dies wohl aus der Überlegung heraus, dass mit den kompromissbereiteren Konservativen um Kathrein ein nationaler Ausgleich in Tirol leichter zu erzielen sei als mit den deutschnational orientierten Christlichsozialen. Den Ausschlag gab der Statthalter, der Altenweisel die Disziplinierung des Klerus eher zutraute als dem für seine ungeschliffenen Umgangsformen bekannten Kaltner. Außerdem setzte sich die Meinung durch, dass der gebürtige Tiroler Altenweisel von der Diözesanbevölkerung besser angenommen werden würde als sein Salzburger Gegenkandidat. Die Regierung stimmte am 30. April der Ernennung Altenweisels zu.⁵² Nuntius Belmonte gab ihm die Mahnung mit auf den Weg, sich unparteiisch zu verhalten und zu einer Aussöhnung der Streitparteien beizutragen.⁵³

Am 27. Juli 1905 wandte sich Lueger persönlich an den Papst.⁵⁴ Das Thema war einmal mehr der parteipolitische Zwist in Tirol. Die Konservativen führten in Tirol einen regelrechten Kreuzzug gegen die Christlichsozialen, zum Schaden der Religion und der Autorität der Kirche, schrieb er. Mit elementarer Kraft verbreite sich die christlichsoziale Bewegung auch in Tirol, weil sie sich der ökonomischen Bedürfnisse der Menschen annehme. Lueger war bemüht, die Partei als einzige katholische politische Kraft darzustellen, die im modernen Parlamentarismus erfolgreich sein könne. Nur eine Partei, die auf christlichen Werten basiere und sich gleichzeitig um das ökonomische Wohlergehen und die politischen Rechte des Volkes bemühe, könne bestehen. In der Argumentation der Konservativen, sich als einzige legitime Vertreterin katholischer Interessen zu präsentieren, sah Lueger reine Demagogie, und er warf ihnen vor, Kirche und Religion für politische Zwecke zu missbrauchen und damit den Respekt für die Religion in der Bevölkerung zu untergraben. Nicht die Christlichsozialen hätten die Autorität der Bischöfe in Zweifel gezogen, wie ihnen immer vorgeworfen worden sei, sondern die Konservativen, die die Bischöfe gegen seine Partei aufhetzten. Lueger ließ eine subtile Warnung an den Hl. Stuhl folgen, indem er dem unter Pius X. stärker den Konservativen zuneigenden Vatikan widerriet, der bis nach Rom dringenden

⁵⁰ Gennaro Granito Pignatelli di Belmonte (1851–1948): Der Neapolitaner war von 1904 bis 1911 als Nuntius in Wien tätig. In seine Amtszeit fiel 1908 die Wurmund-Affäre, durch die sein politischer Aktionsraum stark eingeschränkt wurde.

⁵¹ Belmonte an Merry del Val v. 25. April 1904 – ASV, ANV 726, fol. 39f.

⁵² Koerber an Belmonte v. 28. April 1904 – ASV, ANV 726, fol. 43f. Kultusminister Hartel stellte am 30. April seinen Vortrag an den Kaiser, der am 5. Mai 1904 resolviert wurde – HHStA, Kab. Kanzlei, KZ 1224/1904. Der ebenfalls vorgeschlagene Josef Hutter wurde nicht weiter in Erwägung gezogen, da er durch seine Zuständigkeit für die deutschsprachigen Gebiete der Diözese Trient zu sehr in die politischen Vorgänge involviert war.

⁵³ Belmonte an Merry del Val v. 27. Mai 1904 – ASV, ANV 726, fol. 53.

⁵⁴ AES, pos. 965, fasc. 421, fol. 78–91.

konservativen Propaganda gegen seine Partei nachzugeben, denn eine eventuelle Maßregelung der Christlichsozialen würde den politischen Gegnern in die Hände spielen und die Los-von-Rom-Bewegung stärken. Religion dürfe nicht länger zur politischen Propaganda gegen die Christlichsozialen missbraucht werden, forderte Lueger vom Hl. Stuhl. Der Papst solle ihm persönlich mitteilen, ob er etwas gegen seine politischen Anschauungen einzuwenden habe und ob er die Politik der Christlichsozialen in Tirol missbillige, schloss der Wiener Bürgermeister sein Schreiben. Das war ein geschickter Schachzug, denn eine direkte Stellungnahme des Papstes zu diesem Memorandum entsprach nicht vatikanischen Usancen, und Lueger konnte damit das Schweigen des Papstes als Zustimmung verkaufen. In Rom war man ratlos, Kardinalstaatssekretär Merry del Val wandte sich hilfeschend an Nuntius Belmonte. „Nulla più si debba fare da parte nostra“, meinte der Nuntius, jede vatikanische Stellungnahme würde eine Aussöhnung noch schwieriger machen. Zudem sei davon auszugehen, dass durch die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts (Belmonte bezeichnete dieses übrigens als Unglück für Österreich) die Konservativen alle ihre Mandate an die Christlichsozialen verlieren und damit als politische Kraft aus dem Abgeordnetenhaus verschwinden würden.

In dem Brief Belmontes klingt Resignation an, die wohl viele den Christlichsozialen reserviert gegenüberstehende konservative Katholiken in diesen Monaten erfasste. Trotz aller Sympathien für die Konservativen mussten sie anerkennen, dass diese nach dem Ende des Elitenparlaments und der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts politisch nicht überlebensfähig waren und damit die Christlichsozialen die einzige katholische parteipolitische Organisation der deutschsprachigen Bevölkerung waren. Die Kirche musste deshalb bemüht sein, möglichst viele der bislang von den Konservativen vertretenen Prinzipien in die neue Partei zu integrieren, was aber nicht in offener Konfrontation, sondern nur durch Fusionen und Kompromisse geschehen konnte. Durch die Integration konservativer Grundsätze wurden die Christlichsozialen für die Mehrheit des Episkopats akzeptabel. Aus seiner Frustration über diese Entwicklung machte Nuntius Belmonte kein Geheimnis: Die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts habe bereits in anderen Ländern negative Folgen gehabt, er könne nicht verstehen, unter welchem unglücklichen Einfluss Kaiser Franz Joseph gestanden sei und wer ihn überzeugt habe, der Forderung der sozialistischen Massen nachzugeben. Es sei voraussehbar, dass die Sozialisten früher oder später die Macht übernehmen würden, und es müsse anerkannt werden, dass nur die Christlichsozialen in der Lage seien, dagegen erfolgreich Widerstand zu leisten.⁵⁵

Nach den Reichsratswahlen 1907 und der Zerschlagung der Konservativen wurde die Angelegenheit in Rom nicht weiter beachtet. Nur einmal noch ließ sich Rom informieren, nämlich als Nuntius Belmonte im April 1909 Bischof Altenweisel zu einem neuen Vermittlungsversuch aufforderte.⁵⁶ Der Fürstbischof sollte Kathrein und Schraffl zu sich berufen, sie zu einer Einigung drängen, einen bischöflichen Vertreter in den Bauernbund entsenden und Schöpfer für eine Kompromisslösung gewinnen. Altenweisel wies dieses Ansinnen zurück. Seit zwei Jahrzehnten arbeiteten die Christlichsozialen an der Demontage der bischöflichen Autorität, schrieb Altenweisel an Belmonte, wie könne der Nuntius da von ihm eine neutrale Position erwarten? Er sei bereit, alles für

⁵⁵ Belmonte v. 15. Dezember 1905 – AES, pos. 965, fasc. 421, fol. 94f.

⁵⁶ Belmonte an Altenweisel v. 5. April 1909 – ASV, ANV 728, fol. 353f.

eine Einigung zu tun, nicht aber mit einer Partei wie den Christlichsozialen, die sich allen Kompromissen verschlossen; mehr als eine Annäherung zwischen den beiden politischen Gruppen sei nicht möglich.⁵⁷ Dieses Schreiben ist das letzte, das eine Intervention der vatikanischen Diplomatie in der Tiroler Frage bezeugt.

Die Vermittlungsversuche des Hl. Stuhls im Streit zwischen Konservativen und Christlichsozialen fügen sich in ein Muster, das auch in anderen Politikfeldern zu beobachten ist. Die vatikanische Politik – aufgeschreckt durch Berichte aus den Diözesen und um Stellungnahme gebeten – ließ sich bis ins Detail informieren und erließ durch den Staatssekretär eine prinzipielle, aber möglichst allgemein gehaltene Weisung an die betroffenen Bischöfe. Blieb der vatikanischen Intervention ein Erfolg versagt – wie im Fall Tirols –, zog man sich auf die Position eines neutralen Vermittlers zurück und überließ alles Weitere dem Nuntius. Verliehen auch diese Versuche ergebnislos, setzte man in Rom auf Zeit und zog sich aus dem aktuellen Geschehen zurück, um den (bereits eingetretenen) Autoritätsverlust nicht zu vergrößern. Auch im Fall Tirols setzte man auf Zeit. Die Konservativen verschwanden durch die Wahlrechtserweiterungen weitgehend aus dem parlamentarischen Geschehen, und die von Rom erwünschte Integration der Parteien erfolgte dann auch in Tirol, wenn auch im Vergleich zu anderen Kronländern erheblich verspätet. Es fällt auf, dass der Pontifikatswechsel vom „christlichsozialen“ Leo XIII. zum „konservativen“ Pius X. zu keinem Bruch in der politischen Linie des Hl. Stuhls führte. Das entspricht einem generellen Schema von Kontinuität vatikanischer Politik: Die Gegensätze zwischen den beiden Pontifikaten – vom „politischen“ und „frankophilen“ Leo XIII. zum „pastoralen“ und „austrophilen“ Pius X. – wurden historiographisch überbewertet. Die Politik des Hl. Stuhls folgte vielmehr realpolitischer Logik, und das gilt auch für die Haltung zu den neuen populistischen Massenbewegungen christlicher Prägung: Unter Leo XIII. waren die Christlichsozialen eine oppositionelle Gruppierung, die die Unterstützung des Papstes genoss, unter Pius X. waren sie dagegen zu einer bestimmenden politischen Kraft geworden, die auf vatikanische Unterstützung nicht mehr angewiesen war. Die katholische Kirche – und zwar nicht nur die Kirchengipfel in Rom, sondern vor allem die lokale diözesane Kirchenführung – suchte nun jedoch umso mehr die Nähe zur Partei. Personell lässt sich das exemplarisch an zwei prägenden kirchlichen Persönlichkeiten festmachen: in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts an dem Prager Erzbischof Kardinal Franz Schönborn, einem erbitterten Gegner der neuen Bewegung, und vor dem Ersten Weltkrieg an Friedrich Gustav Kardinal Piffel, der die Christlichsozialen nach Kräften förderte. Nach dem Tod Luegers führte das, nach der bereits erfolgten Annäherung der Partei an die politischen und wirtschaftlichen Eliten, zu einer zunehmenden Klerikalisierung der Christlichsozialen, die ihr ursprüngliches Image als Protestbewegung des kleinen Mannes verloren. Damit wurden schon damals die Weichen für die politische Allianz zwischen Christlichsozialen und katholischer Kirche in der Ersten Republik gestellt.

⁵⁷ Altenweisel an Belmonte v. 1. April 1909 – ASV, ANV 728, fol. 355f.

Quellen

Archive

ASV	Archivio Segreto Vaticano
ANV	Archivio Nunziatura Vienna
AES	Affari Ecclesiastici Straordinari
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv
PA	Politisches Archiv

Literatur

- BOYER, JOHN W. (1995): *Culture and political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power 1897–1918*. Chicago / London.
- BOYER, JOHN W. (2010): *Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biografie*. Wien / Köln / Weimar.
- FONTANA, JOSEF (1987): *Vom Neubau bis zum Untergang der Habsburgermonarchie (1848–1918)*. In: FONTANA, JOSEF u. a. (Hg.): *Die Zeit von 1848 bis 1918*. Bozen / Innsbruck / Wien (Geschichte des Landes Tirol; 3), 198–201.
- GELMI, JOSEF (2001): *Geschichte der Kirche in Tirol. Nord-, Ost- und Südtirol*. Bozen / Innsbruck / Wien.
- GOTTSMANN, ANDREAS (2009): *Parteipolitik und katholische Kirche in der Donaumonarchie. Das politische Engagement des Anton B. Jeglič und die Diplomatie des Hl. Stuhls*. In: *Römische Historische Mitteilungen* 51, 317–336.
- HAAS, HANNS (2006): *Politische, kulturelle und wirtschaftliche Gruppierungen in Westösterreich*. In: RUMPLER / URBANITSCH (Hg.), Bd. 1 (Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation), 227–395.
- HANISCH ERNST / URBANITSCH, PETER (2006): *Die Prägung der politischen Öffentlichkeit durch die politischen Strömungen*. In: RUMPLER / URBANITSCH (Hg.), Bd. 1 (Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation), 15–111.
- KLOTZ, ANTON (1936): *Dr. Aemilian Schoepfer, Priester und Volksmann*. Innsbruck / Wien / München.
- RERUM NOVARUM = ARBEITSGRUPPE REGIONALGESCHICHTE, BOZEN (Hg.) (1993): *Rerum Novarum. Bolzano (Geschichte und Region / Storia e regione; 2.1)*.
- RUMPLER, HELMUT / URBANITSCH, PETER (Hg.) (2006): *Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft*. 2 Bde. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; VIII).
- SCHOBER, RICHARD (1974/75): *Das Verhältnis der Katholisch-Konservativen zu den Christlich-Sozialen in Tirol bis zu den Reichsratswahlen von 1907*. In: *Tiroler Heimat* 38 (1974), 139–173; 39 (1975), 155–193.
- SCHOBER, RICHARD (1976): *Ein Bischof im Kreuzfeuer der Tiroler Christlichsozialen und Konservativen. Der Rücktritt des Fürstbischofs von Brixen, Dr. Simon Aichner (1904)*. In: *Österreich in Geschichte und Literatur* 20, 387–405.